Abendausgabe

Nr. 537
B 266
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
12. November 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Aussperrung in der Zigarrenindustrie

Anweisung des Unternehmerverbandes. — Scharfmacherei im Großen!

Die Aussperrungsleitung des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller hat am 3. November in Berlin folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Um in keiner Weise eine etwaige Unklarheit bestehen zu lassen, wird folgende Anweisung erteilt: Ab Montag, dem 14. November, dürfen sich keine Arbeiter mehr in den Betrieben befinden. Die Bezirksgruppen und Ortsgruppen haben die Durchführung zu kontrollieren. Etwaige Verstöße sind sofort der Zentrale des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller zu melden.

2. Nach Abschluß der Aussperrung darf auf eine Zeit von acht Wochen keine Mitgliedsfirma einen Arbeiter einstellen, der zur Zeit des Aussperrungsbeginns bei einer anderen Mitgliedsfirma beschäftigt war, es sei denn, daß ein Einvernehmen zwischen den beiden Firmen herbeigeführt wird.

Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller wird die Verbände des Rohtabakhandels und des Tabakwarenhandels über den der Industrie aufgezwungenen Kampf aufklären und sie ersuchen, den damit in den Geschäftsbeziehungen entstehenden Schwierigkeiten verständnisvoll Rechnung zu tragen. Sollte seitens einzelner Arbeitsämter an ausgesperrte Arbeiter Erwerbslosenunterstützung bezahlt werden, so ersuchen wir unsere Mitglieder, uns hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen, damit wir ein derartiges gesetzwidriges Verfahren abstellen können."

Die Hungerpeitsche der Aussperrung

soll ihre Wirkung nicht verfehlen. Deshalb bemüht sich der Reichsverband der Aussperrer, der „Gefahr" vorzubeugen, daß etwa einem ausgesperrten Zigarrenmacher Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden könnte. Die Unterstellung gegen die Arbeitsämter, die in dieser Konstruktion der Scharfmacher liegt, richtet sich von selbst. Nun erst recht ausreichende Unterstützung der Ausgesperrten, um die Spekulation der Aussperrungsleitung zuschanden zu machen!

Bemerkenswert ist, daß diese Aussperrungsleitung ihre „Aufklärungs"-Kampagne damit einleitet, zunächst den Zigarrenfabrikanten selber die Auffassung zu suggerieren, der Lohnkampf sei ihnen aufgezwungen. Diese falsche Behauptung soll in der Oeffentlichkeit wiederholt werden, um die öffentliche Meinung irrezuführen. Das wird den Herren nicht gelingen!

Sie könnten jedoch zur Aufklärung wesentlich beitragen, wenn sie die Oeffentlichkeit darüber unterrichten wollten, welche Löhne sie bisher gezahlt haben, wie hoch das Wocheneinkommen eines Zigarrenmachers ist. Denn nur dann, wenn der Reichsverband den Nachweis liefert, daß dieses Wocheneinkommen wenigstens zur notdürftigen Ernährung einer Familie ausreicht, könnte er seine Weigerung rechtfertigen, keinen Pfennig mehr zu zahlen. Die Berufung auf den Tarifvertrag ist hinfällig geworden, nachdem der Reichsverband selber den Tarifvertrag durch seine Aussperrung gebrochen hat.

Zur Generalaussperrung von weit über 100 000 Zigarrenarbeitern wurde der Reichsverband nicht durch ein Bäckerdutzend von Streikenden, sondern durch seine Scharfmacher gezwungen. Jeder Versuch, den Spieß umzudrehen, zu jammern, daß durch einige Werkstattstreiks der Reichsverband zur Aussperrung aller Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen „gezwungen" worden sei, verfällt von vornherein der Lächerlichkeit.

Von Montag ab liegen alle Zigarrenarbeiter ausgesperrt auf der Straße, mit alleiniger Ausnahme der Arbeiter in den drei Zigarrenfabriken der GEG.

Die GEG. sperrt nicht aus.

Sie wird sich sicherlich nicht dem Diktat unterwerfen, keine ausgesperrten Arbeiter einzustellen, falls die infolge der Aussperrung verstärkte Nachfrage nach GEG.-Zigarren eine Vermehrung ihrer Produktion erfordert. Bei größerem genossenschaftlichen Interesse könnte die GEG. anstatt drei Fabriken heute deren etwa 20 haben. Sie hätte damit einen weit größeren Einfluß auf die Zigarrenfabrikation und so auch auf eine bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser bisherigen Elendsindustrie.

Schiedsspruch für die Textilindustrie.

Im rechtsrheinischen Aussperrungsbezirk.

Im Lohnkampf der Textilarbeiter im rechtsrheinischen Bezirk hat die unter Vorsitz des Schlichters in Dortmund am 11. November tagende Schlichterkammer einen Schiedsspruch gefällt. Danach wird der Höchstarbeiterspitzenlohn von 57 auf 65 Pf. erhöht, das sind 14 Proz. Die Akkordlöhne erhöhen sich in Auswirkung des Spruches von 4 bis 20 Proz., der Akkordzuschlag wird von 12½ auf 15 Proz. erhöht. Die zulässige Mehrarbeit wird von bisher sechs Stunden auf drei Stunden pro Woche beschränkt.

Morgen, Sonntag, tritt in Barmen eine große Funktionärkonferenz der Textilarbeiter zusammen, um zum Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

Die Erklärungsfrist läuft bis Sonntag nachmittag 4 Uhr. Sollte einer der beiden Parteien den Schiedsspruch ablehnen, so finden vereinbarungsgemäß am Sonntagnachmittag im Rathause Barmen weitere Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches unter dem Vorsitz des Schlichters statt.

„Im Rahmen des Völkerbundes."

Der südslawische Vertrag hat keine Spitze gegen irgendjemand — erklärt Briand.

Paris, 12. November.

Der gestern von Briand und Marinkowitsch unterzeichnete Vertrag wird amtlich „Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag" genannt. Bei der Unterzeichnung haben die beiden Minister, so wird amtlich erklärt, „Gelegenheit gehabt, die vollkommen übereinstimmenden Ansichten der französischen und der jugoslawischen Regierung über alle die beiden Länder betreffenden Fragen festzustellen sowie den festen Entschluß, in vollkommenem Einvernehmen mit dem durch den Völkerbund verfolgten Werk alle ihre Bemühungen für die Konsolidierung des Friedens auf der Grundlage der bestehenden Verträge fortzusetzen".

In einem von beiden Ministern gemeinschaftlich veranstalteten Presseempfang erklärte Briand, „der Vertrag enthält selbstverständlich keine Spitze gegen irgend jemand". Allen, die guten Willens sind, steht der Beitritt offen. Er kann der Keim für ein neues Locarno sein. Er entspricht vollkommen den Grundsätzen des Völkerbundes".

Ein südslawisch-französischer Handelsvertrag wird demnächst unterzeichnet. Südslawien hat sich bereit erklärt, über die Forderungen französischer Inhaber von serbisch-südslawischen Anteilen — sie verlangen Zinszahlung nicht in entwerteten, sondern in Goldfranken — einen Schiedsspruch anzunehmen.

Zustimmung links — schweigende Kühle rechts.

Paris, 12. November. (Eigenbericht.)

Die Linkspresse bezeichnet den Vertrag als eine deutliche Warnung an Italien, um den Faschismus zu weiteren Provokationen im Westen und Osten des Mittelmeeres abzuschrecken. Die Rechtspresse äußert keinerlei Befriedigung, aus Sorge davor, den Faschismus zu verstimmen.

Antiitalienischer Beifall in Südslawien.

Belgrad, 12. November.

Zur selben Stunde, in der der französisch-südslawische Pakt in Paris unterschrieben wurde, fand in Laibach, das reichen Flaggenschmuck angelegt hatte, eine Demonstration vor dem französischen Konsulat statt. Mehrere Redner zollten Frankreich Lob und Anerkennung für seine Haltung.

Eine scharfe englische Kritik.

London, 12. November.

Der „Manchester Guardian" schreibt: Der französisch-jugoslawische Vertrag bezweckt, wie alle von Frankreich seit Ende des Krieges abgeschlossenen entsprechenden Verträge, hauptsächlich die durch den Versailler Vertrag und andere Friedensverträge neu geschaffene Landkarte Europas zu verewigen, wenn nötig mit Waffengewalt. In Paris wird der Einfluß dieses Vertrages sowie des gesamten Netzwerkes einkreisender Bündnisse, von denen er das letzte Glied ist, auf Locarno vollkommen übersehen.

„Times" erklärt, der Vertrag gehe nicht über den französisch-rumänischen und den französisch-tschechoslowakischen Vertrag hinaus. Die Verschiebung der Unterzeichnung um mehr als 18 Monate habe ihren Grund nur darin gehabt, daß Frankreich eine Beunruhigung Italiens vermeiden wollte. Die Meinung, daß der Vertrag militärische Verpflichtungen Frankreichs enthalte, sei nicht ernst zu nehmen, da heute jeder französische Staatsmann die Uebernahme militärischer Verpflichtungen auf der Balkanhalbinsel ebenso entschieden ablehne wie England.

Danzig am Scheidewege.

Wie die Deutschnationalen für Polonisierung sorgten.

E. L. Danzig, 11. November.

Die Freie Stadt Danzig steht augenblick im heftigsten Wahlfieber. Am 13. November soll das Parlament dieses kleinen Staatsgebildes, der Volkstag, neu gewählt werden. In der deutschen Rechtspresse sind in den letzten Monaten häufig Artikel erschienen, in denen behauptet wird, daß Danzig vor der Gefahr stände, bei einem Wahlsieg der Sozialdemokratie „an Polen verkuppelt" zu werden. Schon diese Stimmungsmache ist kennzeichnend für die Angst der Deutschnationalen vor einem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie.

Die Fragen der Danziger Außenpolitik stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Danzig wurde durch den Frieden von Versailles zu einer Freien Stadt gemacht, die mit der Republik Polen ein gemeinsames Zollgebiet bildet. Seine frühere Bedeutung als Handelsstadt hatte Danzig vor dem Kriege mehr und mehr eingebüßt und war mit seinen Werften, seiner Artilleriewerkstatt und Gewehrfabrik zu einem Hauptplatz der deutschen Kriegsindustrie geworden. Mit Kriegsende stand Danzig vor der Frage der Neuorientierung seiner Wirtschaft. Als natürliches Hinterland für seine Friedensindustrie und seinen Handel kam nach Lage der Dinge nur die Republik Polen in Frage, und die Danziger Sozialdemokratie forderte deshalb immer wieder, daß Danzig mit Polen ein friedliches Verhältnis suchen möchte.

Solche Verständigungspolitik wurde aber jahrelang dadurch erschwert, daß in Polen nationalistische Regierungen früher bestrebt waren, den Einfluß Polens in Danzig über die vertraglichen Rechte hinaus auszudehnen. Anderseits wollten auch die seit 1920 im Danziger Senat herrschenden Deutschnationalen von einer Verständigungspolitik nichts wissen. Ihr Ziel war vielmehr, Danzig als blutende Wunde im Osten offen zu halten. Alle Differenzen mit Polen wurden daher nicht durch direkte Verhandlungen mit Warschau erledigt, sondern man brachte sie immer wieder vor den Völkerbund in Genf zur Entscheidung, trotzdem die Danziger Deutschnationalen diesen völkerbundlichen Schiedsrichter bei jeder möglichen Gelegenheit beschimpften. Ihr Parteiführer nannte im Volkstag den Völkerbund offen eine „Spottgeburt von Dreck und Schmutz". Kein Wunder, daß bei einer solchen Einstellung der maßgebendsten Regierungspartei Danzigs Erfolge in Genf meist negativ waren. Die hauptsächlichsten Ergebnisse dieser deutschnationalen Außenpolitik waren für Danzig die, daß ihm das beliebte Seebad Westerplatte genommen und zu einem polnischen Munitionshafen umgebaut wurde, daß Danzig neben der eigenen Post auch noch eine polnische Post bekam und daß die Danziger Zollverwaltung Polen unterstellt wurde. Angesichts solcher offensichtlichen Mißerfolge der bisherigen Danziger Außenpolitik wagen es aber die Deutschnationalen trotzdem, sich in der deutschnationalen Reichspresse als die einzigen Hüter der Unabhängigkeit Danzigs hinzustellen, besonders aber die Sozialdemokratie des Verrats am deutschen Danzig zu beschimpfen.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich stets dafür eingesetzt, daß Danzigs deutsche Kultur aufrecht erhalten bleibt. Eine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, daß Danzig in der Hauptsache eine deutsche Stadt ist. Wie gering der polnische Bevölkerungsanteil in Danzig ist, zeigt am besten das Wahlergebnis von 1923. Damals wurden insgesamt 164 000 Stimmen abgegeben, wovon die Polen 7200 erhielten. Inzwischen ist es gerade das deutschnationale Großagrariertum und das deutschnationale Unternehmertum gewesen, das dauernd aus niedrigster Profitsucht heraus für eine Polonisierung der Danziger Bevölkerung wirkt. Jahr für Jahr werden etwa 10 000 Saisonarbeiter nach Danzig hereingeholt, trotzdem eine große Anzahl von Danziger Landarbeitern arbeitslos ist. Von diesen Polen bleiben jährlich eine ganze Anzahl in Danzig zurück und verstärken so das polnische Bevölkerungselement. Dafür werden Danziger Landarbeiter zur Auswanderung gezwungen; sind doch im vorigen Jahr annähernd tausend Danziger Industriearbeiter durch den deutschnationalen Senat nach Argentinien geschickt worden, während man Danziger Landarbeiter zwang, auf den Gütern der ostpreußischen Großagrarier zu arbeiten. Ebenfalls war es der deutschnationale Senat, der für die polnischen Industriearbeiter schon vor Jahren die Demobilmachungsbestimmungen außer Kraft setzte und es dadurch ermöglichte, daß in den letzten Jahren über 8000 Industriearbeiter aus Polen nach Danzig zugewandert sind, die einen Teil Danziger Arbeiter aus ihren Arbeitsstellen verdrängten! Es sind also gerade die Deutschnationalen, die in Wirklichkeit Danzig mehr und mehr polonisieren, weil ihnen die polnischen Proletarier willigere Ausbeutungsobjekte sind, als der kulturell höher stehende Danziger Arbeiter.

Ein weiteres Kampfobjekt der Parteien bei dieser Wahl bildet die von der Sozialdemokratie geforderte Verfassungs- und Verwaltungsreform. Danzig, ein

Staatswesen von 350 000 Einwohnern, leistet sich den Luxus, eine Regierung von 22 Köpfen und einen Volkstag von 120 Abgeordneten (!) zu unterhalten. Allgemein ist der Wunsch in der Bevölkerung, daß bei diesen Einrichtungen abgebaut wird.

Aber die Deutschnationalen wollen ebenso wenig von einer demokratischen Verfassungsreform wie von einer großzügigen Verwaltungsreform etwas wissen. Ihre ganze Aufbauarbeit in dem jungen Staat war vor allem von dem Ziel geleitet, möglichst viele schwarzweißrote Parteianhänger in gut bezahlten Staatsstellen unterzubringen. Als höhere Beamte bei der Schupo und beim Zoll wurde eine große Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere, Kapp-Putschisten und baltischer Barone angestellt, die zwar auch heute noch keine Ahnung von der Verwaltungspraxis haben, aber um so strammer in schwarzweißroter Gesinnung beim Stahlhelm machen. Es ist ein geradezu grotesker Zustand, daß die kleine Freie Stadt Danzig weit mehr höhere Beamte hat, als die frühere Provinzialregierung Westpreußens zusammen mit dem Danziger Magistrat. Kein Wunder, daß 50 Prozent der Staatseinnahmen für die Unterhaltung dieses aufgeblähten Beamtenapparates ausgegeben werden müssen.

Die Folge dieser deutschnationalen Beamtenpolitik ist ein ungeheurer Steuerdruck, der auf allen Bevölkerungsschichten lastet. Das hat eine Rebellion selbst in den Schichten wachgerufen, die bisher zu den treuesten Stützen der Deutschnationalen gehörten. In den Kreisen des Mittelstandes ist die Empörung über diese deutschnationale Regiererei allgemein. Leider sucht man aber einen völlig falschen Weg, um mit der deutschnationalen Mißwirtschaft aufzuräumen. Es hat in Danzig ein Gründungsfieber von neuen Parteien eingesetzt, wie es wohl bisher kein Staat erlebt haben dürfte. Einundzwanzig verschiedene Parteien zogen in den Wahlkampf. Die meisten dieser neuen Parteien sind Absplitterungen von den Deutschnationalen und den Liberalen, die in ihrer Enttäuschung über die bisherige deutschnationale Mißwirtschaft nun die konfusesten Rettungsprogramme für Danzig aufstellen. Außer den großen politischen Parteien gibt es drei verschiedene völkische Listen, zwei Fischerlisten, eine Hypothekenschuldnerpartei, diverse Aufwertungsparteien und sogar den Wahlvorschlag eines christlichen Arbeitnehmers und religiösen Heilsapostels nach Art des kürzlich verstorbenen Propheten Häußer.

Einig und geschlossen steht nur die Sozialdemokratie da. Ihr Aufbauprogramm für Danzig findet um so mehr den Beifall der Mähsermassen, als sie in dem einen Jahr der Mitregierung 1925/26 beweisen konnte, daß sich die sozialdemokratische Verständigungspolitik viel wirtschaftsfördernder auswirkt als die deutschnationale Katastrophenpolitik. Danzig steht am 13. November tatsächlich am Scheidewege. Soll die Freie Stadt Danzig weiterhin von einer alldeutschen Beamtenclique und deutschnationalen Großagrariern regiert werden, oder soll diese Stadt in Zukunft gemäß ihrer Bedeutung als Handels- und aufstrebende Industriestadt eine Regierung erhalten, die sich der Mission bewußt ist, daß Danzig ein friedlicher Mittler zwischen Deutschland und Polen werden muß? Nur diese Mittler- und Verständigungspolitik ist in der Lage, auch Danzigs Deutschtum zu erhalten, weil dann die einheimische Danziger Arbeiterschaft in Danzig selbst Beschäftigung finden kann und nicht wie bisher zur Auswanderung gezwungen ist.

Berichtigung. In dem Bericht über die letzte Sitzung des Strafgesetzausschusses des Reichstags ist von einem sozialdemokratischen Antrag die Rede, der die „Berechtigung der Anwendung des bedingten Straferlasses" fordert. Es muß selbstverständlich „Erweiterung" heißen.

Die angebliche Beseitigung deutscher Grabinschriften in Südtirol wird von dem Präfekten in Bozen dementiert.

Ehrhardt lobt die „Rote Front".

Der Rechtsputschist begeistert sich für den bolschewistischen Nationalismus.

Vor der Kreisgruppe Unterweser des Stahlhelm sprach dieser Tage der bekannte Rechtsputschist Kapitän Ehrhardt. Nach den „Bremer Nachrichten" führte er u. a. aus:

Der Rote Frontkämpferbund ist in vielen Orten ausgezeichnet diszipliniert und ein bewußter Kämpfer für seine Sache.

Mir ist dieser Kämpfer allemal noch lieber als der Pazifist aus dem Reichsbanner. Es kann auch der Tag kommen, wo Stahlhelm und Roter Frontkämpferbund Schulter an Schulter stehen. Der schlimmste Feind der nationalen Bewegung ist das Reichsbanner. Das Reichsbanner ist der Stoßtrupp für die Internationale, ihm gilt in erster Linie unser Kampf. Das Ziel des Stahlhelms aber ist, daß er einst die große Mutter aller übrigen nationalen Verbände wird. . . .

Wir wollen durchaus nicht mit dem Bolschewismus zusammengehen, aber ich wollte, wir hätten in Deutschland einen solchen Nationalismus, wie Rußland den Bolschewismus. Rußland ist das einzige Land, das einen deutschen starken Nationalstaat wünscht. Daher führen uns unsere Wege außenpolitisch nach Osten. Heute sind wir in der Außenpolitik auf dem Punkt angekommen, wo wir zur Offensive übergehen können. Mir ist es ganz egal, was für eine Flagge ich habe, wenn sich nur das Volk unter dieser einen Flagge einigt und gemeinsam unter ihr den Befreiungskampf kämpft.

Ich bin ein entschiedener Gegner des Anschlusses Deutschösterreichs. Deutschland ist so krank, daß es so einen kranken Körper wie Deutschösterreich wirklich nicht gebrauchen kann. Die erste Folge würde sein, daß wir im Reichstag eine internationale Mehrheit hätten.

Jeder hat die Freunde, die er verdient. Den Kommunisten kann man zu ihrem neuen Freund nur alles Glück wünschen.

Haussuchung bei der KPD.

In der Zentrale der Kommunistischen Partei wurde heute mittag auf Anordnung des Oberreichsanwalts durch die Berliner Kriminalpolizei eine Haussuchung veranstaltet. Die Haussuchung steht offenbar im Zusammenhang mit dem immer noch nicht erledigten Hochverratsprozeß gegen die Zentrale.

Der 12. November in Wien.

Massenaufmarsch der Wiener Sozialdemokratie.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.)

Die Massendemonstration der Wiener Sozialdemokraten zum Jahrestag der Revolution ist unter ungeheurer Beteiligung reibungslos verlaufen.

Die Spitze des Demonstrationszuges bog um ¾10 Uhr am Schwarzenbergplatz in die Ringstraße ein und marschierte über den Ring an der Oper, dem Parlament und dem Rathaus vorbei bis zum Schottentor, wo die Auflösung des Zuges programmäßig erfolgte. Das Ende des Zuges verließ den Schwarzenbergplatz kurz vor 12 Uhr mittags.

Der Zug der Demonstranten ging in die Hunderttausende: Trotz Zwanzigerreihen dauerte der Vorbeimarsch mehr als zwei Stunden.

Es wurden keinerlei Zwischenfälle gemeldet. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend und es war nur wenig davon zu sehen. Da der Revolutionstag Staatsfeiertag ist, waren alle Betriebe und Geschäfte geschlossen. Straßenbahn und Ringbahn verkehrten jedoch im Einverständnis mit den städtischen Behörden und den Gewerkschaften, um die Rückbeförderung der Demonstranten in die Außenbezirke zu erleichtern.

Wien, 12. November.

„Der Tag der Republik", so heißt es in einem Aufruf des Parteivorstandes, „sieht die Republik beherrscht von einer Regierung, die alles tut, um die arbeitenden Klassen herauszufordern. Die Wiener Arbeiterschaft demonstriert heute auf der Ringstraße gegen den Faschismus und für die Republik des arbeitenden Volkes. Mehr als je gilt heute das Wort Viktor Adlers: Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht provozieren."

Zuzug zur Schulreaktion.

Volkspartei und Demokraten opfern die Grundschule.

Der Charakter der Gemeinschaftsschule ist trotz Ablehnung des Antrages Runkel in der gestrigen Abstimmung als rückschrittlich und verfassungswidrig festgelegt. Diese Schulart ist durch die beschlossenen starken religiösen Bindungen eine zweite Bekenntnisschule geworden. Daran ist durch die heutigen Verhandlungen nichts zu ändern. Heute geht der Kampf um die Sicherung der Freiheit der Kinder und Lehrer und des pädagogischen Fortschritts. Die Regierungsparteien, deren Absichten durch Abg. Rheinländer (Z.) unzweideutig Ausdruck erhalten, wollen den Religionsunterricht, die religiösen Uebungen und das Einführen in das Leben des Kirchenjahres in allen Klassen. Das bedeutet die Zerschlagung eines der größten pädagogischen Fortschritte, der Gemeinschaftsarbeit in den ersten Schuljahren.

Ministerialdirektor Küstner gibt deshalb auch den Befürchtungen der preußischen Unterrichtsverwaltung in diesem Sinne durch eine Anfrage an die Regierung Ausdruck. Die Erklärung des Ministerialdirektors Pellengahr, daß die Bestimmungen des Artikels 149 Geltung haben und lehrplanmäßig der Religionsunterricht gesichert sein müsse, ist, wie alle Erklärungen dieser Regierung, nichts wert.

Mit aller Entschiedenheit wandten sich die sozialdemokratischen Redner Löwenstein, Fleißner und Biester gegen diesen pädagogischen Rückschritt sowohl als auch gegen die klar ersichtliche Absicht, aus dem Staat aller mit seiner Schule für alle den Staat christlicher Bürger mit seinen christlichen Schulen unter aufgezwungener und unwilliger Duldung der weltlichen Schule zu machen. Um Kinder und Lehrer vor geistigem Zwang und Druck zu schützen, stellte die Sozialdemokratie den Antrag:

„Kinder können ohne Zustimmung der Eltern nicht gezwungen werden, diese Schule zu besuchen, und die Lehrkräfte brauchen gegen ihren Willen nicht an ihr tätig zu sein."

In der Abstimmung wurden jedoch alle Schutzbestimmungsanträge der Opposition abgelehnt und die Regierungsvorlage mit den Stimmen des Rechtsblocks einschließlich der Volkspartei und der Demokraten angenommen!

Der Ausschuß setzt seine Beratungen fort.

Handelsfreiheit der Mandatsgebiete.

Der Kampf um die Selbständigkeit.

Genf, 12. November.

Die Mandatskommission des Völkerbundes hat ihre 12. Session abgeschlossen. Es wurden in dieser Session die Berichte der Mandatsmächte über den Irak, Togo und Kamerun (britische Mandate), die Inseln unter japanischem Mandat, ferner West-Samoa (unter dem Mandat von Neuseeland) und über Ruanda-Urundi (Ostafrika), das unter belgischem Mandat steht, geprüft. Die Kommission behandelte u. a. die allgemeine wirtschaftliche Gleichberechtigung der Mandatsgebiete. Die Kommission protestierte gegen die Erklärung des britischen Staatssekretärs für die Kolonien, daß die Einkäufe für Installationen, Werkzeuge usw. aus dem Erlöse der von Großbritannien an Ostafrika und Tanganjika gewährten Anleihe nur in Großbritannien gemacht werden dürften. Die Kommission war der Meinung, daß nach den Mandatsbestimmungen der Handel in den unter Mandat gestellten Gebieten frei sein solle.

Gegen Professor Förster, Herausgeber der „Menschheit", soll vom Oberreichsanwalt Haftbefehl erlassen worden sein. Förster ist augenblicklich in der Schweiz.

„Weh dem, der lügt."

(Schillertheater.)

Die melancholische Grazie und der Hang des Einsiedlers, trotz aller persönlichen Trübsal und Verlassenheit nicht die Freude an dem Glauben an die Menschheit aufzugeben, das war jahrzehnelang das Wesen Grillparzers. Nirgends in der Geschichte des deutschen Theaters hatte sich wiederum ereignet, daß ein Dramatiker ein ganzes Menschenalter hindurch seine Werke schafft, ohne an das Theater gelangen zu wollen. Drama auf Drama hat Grillparzer in die Schatulle gelegt, da er gegen das Modetheater seiner Zeit nicht aufkommt. Das tun sonst nur noch Dilettanten, die das Ringen um die Form und den seelischen Stoff nicht kennen und sich ohne Verantwortung am Basteln der Worte und Szenen vergnügen. Doch Grillparzer war das Genie, und er war ein visionäres Genie, da er fern von der Bühnenpraxis die originellsten und sichersten Theaterstücke baut, die noch erhöht und veredelt werden durch eine kostbare, tief bewegende Lebensweisheit. Als Heinrich Laube die Grillparzerschen Dramen neu entdeckt und am Wiener Burgtheater aufführt, wird dem zurückgesetzten und enttäuschten Dichter eine späte Gerechtigkeit zuteil. Diese Gerechtigkeit müssen wir ihm auch heute noch gönnen. Die Schönheit seines Werkes ist nicht gealtert.

Das Lustspiel „Weh dem, der lügt" birgt den schönsten, symbolischsten Inhalt. Jugend und Alter sind nicht verfeindet, sondern verbrüdert. Jugend lehnt sich an das Alter, Alter stützt sich auf die Jugend. Das ist die Zivilisation, das bedeutet die Zusammenarbeit aller Lebensgenerationen. Es dokumentiert sich das Gesetz von der Erhaltung der Menschenkraft, das ebenso wichtig ist wie das allgemeinere Gesetz von der Vergänglichkeit aller Substanzen überhaupt. Da dem so ist, kann der fröhlichste und gesundeste Abenteurer die ungelenken Barbaren überlisten, ohne daß er sich wie ein Spitzbube aufführt. Grillparzer hat diese Wilden und närrischen Halbwilden seines Lustspiels als ein heiterer Schöpfer ausgestaltet. Es fehlt nicht die Traurigkeit der schmelzenden Melodie des Oesterreichers, doch er will alle Geschöpfe aussöhnen, die über die Erde gestreut sind.

Soll dieses Lustspiel vorzüglich aufgeführt werden, so braucht es die heiterste Phantastik des Regisseurs und entzückende Sprecher, deren Zunge niemals stolpert. Wir sollen wundervoll und geheimnisvoll überredet und berauscht werden, wenn wir diese Worte vernehmen, die niemals verzuckert, sondern stets inbrünstig sind. Der Regisseur Erich Engel faßte die Stofflichkeit des Lustspiels zu massiv und realistisch. Der Wigwam der Barbaren, von Pirchan gebaut, glich einem dürftigen Kaffernkraal, er hätte ein Urwaldungetüm sein müssen, und die lustigen Ungeheuer, die dieses Haus ausfüllen, sollten noch viel märchenhafter in ihrer ungezähmten Kindlichkeit sein. Herr von Ledebur ist zwar ein lüsterner, seine Mädchen grunzend beschleichender Urwaldhäuptling, doch er ist kein Märchenkoloß. Schlicht, munter, zuversichtlich spielt Veit Harlan den Küchenjungen, der ohne hundsfötische Schliche das gebräunte Häuptlingsfräulein entführt. Doch es ist der Moment zu bewältigen, da dieser Naturbursche plötzlich in die Nähe der undegreiflichen Schicksalsmächte gerät. Man hat noch im Ohr die Zauberstimme des unsterblichen Josef Kainz, der dieses Seelenstück zu einem großartigen schauspielerischen Wunder machte. In diesem Augenblick versagt Harlan. So starke Melodie besitzt er nicht, obwohl er immer mehr zu einem vollkommenen Techniker des Gemütes wird. Aribert Wäscher bereichert seine Tölpelrolle mit angenehmen Clownerien, die anerkannt und belacht werden. Kraußneck redet die Philosophie des Stückes mit väterlicher Heldenhaftigkeit, nur manchmal ein wenig zu laut im Akzente der Salbung. Das Mädchen, das wild und zart, gefügig und entschlossen zugleich ist, wird von Renée Stobrawa gespielt, gut, lustig, taktvoll, täppisch, sie weicht den komödiantischen Extremen aus. Dieses Mädchen soll bald ein schlaues Hexlein, bald ein träumerisches Jungfräulein darstellen. Es ist schwer, hier den richtigen Ton zu finden und die Uebertreibung zu vermeiden.

Max Hochdorf.

„Gretchen" im Trianontheater. Diese Groteske der Herren Gustav Davis und Leopold Lipschütz, eine Parodie auf die Moral der kleinen Provinzstadt und auf die Moral im allgemeinen, ist mit mehr Behagen als mit Witz gesegnet, hat aber den Vorzug, mit einer außerordentlich dankbaren Rolle aufzuwarten. Das kleine Gretchen vom horizontalen Gewerbe rettet zuerst die Existenz des Magdalenen-Heims für gefallene Mädchen und bringt es dank ihrer Beziehungen zum Landesfürsten fertig, daß ein vergessener Marktflecken zum Range einer Stadt erhöht wird. Dafür wird sie auch Ehrenmitglied des Sittlichkeitsvereins. Auf der Suche nach einer Rolle für Erika Gläßner hat das Trianontheater diese Groteske wiederentdeckt. Zwar wird die Gläßner diesmal nicht im Bett vorgeführt, überhaupt in keiner intimen Situation, es geht diskreter zu, beinahe anständig. Unentwegt redet dieses kleine Gretchen, und es ist wundervoll, wie die Gläßner vor sich hinschnattert, kleckst, gluckst, halbe Worte verschluckt und Eindeutigkeiten zweideutig macht und dazu mit verschwimmenden Augen lächelt. Neben ihr Kurt von Möllendorf als Landesfürst, der sich mit schöner Konsequenz ständig abwechselt. Etwas blaß und vielleicht zu wenig charmant. Martin Kettner ist ein Bürgermeister von Kadelburgscher Prägung. Die Regie Robert Pirks bleibt streng unpersönlich. F. S.

Die Glozel-Frage. Die Kommission, die im Auftrag des internationalen Anthropologenkongresses die umstrittenen Funde in Glozel nachprüft, hat ihre eigenen Kontrollgrabungen abgeschlossen und dann die rund 3500 Fundstücke geprüft die bis jetzt gefunden worden waren. Nach Abschluß dieser Prüfung wird die Kommission ihren Bericht dem französischen Unterrichtsministerium vorlegen. Gegenwärtig scheint nur noch ein unentwegter Gegner übrig zu bleiben, der Archäologe Dussaud vom Institut, der die französische Wissenschaft zu der Anwesenheit von fünf ausländischen Gelehrten in der Kommission beglückwünschte, da auf diese Weise der französischen Wissenschaft die Blamage erspart bleibe.

Fürstenau kontra Knobelsdorff.

Auch das Innere des Opernhauses in Gefahr.

Geheimrat Fürstenau heißt der Mann, der mächtiger ist als Kultusminister, Landeskonservator, Akademie, Bund deutscher Architekten und alle Instanzen und Privatleute in Deutschland miteinander, die noch Geschmack und Gewissen in künstlerischen Dingen haben. Geheimrat Fürstenau ist der Mann, der es wagen darf, ein Dutzend Millionen (vor längerer Zeit waren es noch 8,3) für Zerstörung eines der wertvollsten Bauwerke Berlins durch „Umbau" zu verlangen und vom Landtag zu erhalten.

Nicht immer kann man den entfesselten Bureaukratismus auf eine Persönlichkeit destillieren: es deckt sich immer einer hinter dem anderen, niemand trägt irgendeine Schuld, und bloß die Kosten trägt das dumme Volk, das nicht gefragt wird. Die Geheimräte wissen alles und sorgen für alles und — nein, zahlen tun sie nicht.

Gut, daß man diesmal wenigstens weiß, wie der „Vandalenrestaurator" heißt: Fürstenau. Und dazu kommt dann noch der Herr Finanzminister, der ihn deckt und seine Sache siegreich gegen das bessere Gewissen des Kultusministers Becker durchgefochten hat. Das Banausentum siegte auf der ganzen Linie, das Ansehen Berlins, die Musik, das Publikum, der Staatssäckel sind die Hineingelegten. Uns kann keiner, wiehert der Amtsschimmel vom Finanzbauamt.

Ob der Landtag die notwendigen Nachforderungen zum Posten Opernhaus wieder bewilligen wird? Diesmal kann er nämlich die Herren bei einem gebrochenen Versprechen fassen. Er ist düpiert worden: die Gelder wurden schließlich bewilligt, weil hoch und heilig geschworen wurde, daß nur das Bühnenhaus zur besseren Ausnutzung der Technik umgebaut, das Innere, der Zuschauerraum, aber nicht im geringsten angetastet werden sollte.

Und nun stellt es sich heraus, daß er in aller Stille und Gemütsruhe doch wider alle Erwartungen von Treu und Glauben in heftigem Umbau begriffen ist.

Nach den ungeheuren Erdbewegungen und Massenbauten am Bühnenhaus kam es so, daß sich die Pfeiler des Proszeniums senkten. (Kunststück: da die weit entfernte Bibliothek in Trümmer zu gehen drohte.) Das war aber mal ein Freudentag im Baubureau des Finanzministeriums! Da hatte man nun die schönste Gelegenheit, als Notwendigkeit draplert, seine Hände auch an den herrlichen Rangbau Knobelsdorffs zu legen. Es war nicht genug, die Stützen des Proszeniums zu verstärken oder zu erneuern: gleich das ganze Theater wurde umgeschachtelt. Mit ein klein wenig Beiseiterücken von Wänden, Verbreiterung des Proszeniums, Zurückschieben der Parkettrückwand ist es gelungen, 138 neue Zuschauerplätze zu schaffen. Das war die erlösende Tat! 138 neue Abonnementsplätze, da mußte jede Kritik schweigen. Jetzt braucht es nur noch einer fixen kleinen Berechnung, und mit Hilfe der Logarithmentafeln wird uns bewiesen werden, daß die gesamten Umbaukosten in X Jahren amortisiert und abbezahlt sein werden.

138 neue Sitzplätze! Was will da die Verschandelung jenes herrlichsten aller Opernräume besagen, die freilich schon bei 40 oder

Zwei neue Raubüberfälle.

Arbeiter als Opfer.

Gestern abend wurde der Kutscher Willy Günther aus der Lange Str. 93/94, der mit seinem offenen Wagen Möbel nach einem [illegible] auf dem Heimwege nach Berlin das Opfer eines Ueberfalls. Zwischen Carow und Buch fiel plötzlich einer von zwei Männern, die er vorher nicht gesehen hatte, seinen Pferden in die Zügel und brachte sie zum Stehen. In demselben Augenblick schwang sich ein zweiter Mann auf den Wagen und verlangte vom Kutscher mit vorgehaltener Pistole die Herausgabe des Geldes. Günther ließ sich aber nicht einschüchtern, packte den Räuber, warf ihn vom Wagen und schlug auf seine Pferde ein. So mußte auch der andere sie freigeben und beide ergriffen ohne Beute die Flucht. Der Angefallene machte auf dem Revier 284 in Pankow Anzeige. Die von mehreren Beamten mit Suchhunden sofort aufgenommenen Ermittlungen blieben jedoch erfolglos.

In derselben Nacht wurde der Arbeiter Karl G. aus der Christstraße in Charlottenburg von sechs Burschen überfallen und beraubt. An der Ecke der Kopenhagener Straße und Flottenstraße in Reinickendorf rempelten ihn sechs Burschen von etwa 18 bis 23 Jahren ohne weiteres an. Nach einem Wortwechsel schlugen sie mit stumpfen Werkzeugen auf ihn ein. Durch mehrere Kopfhiebe zu Boden gestreckt, verlor der Ueberfallene für kurze Zeit das Bewußtsein. Als er wieder zu sich kam, waren die Angreifer verschwunden. Sie hatten ihm das Portemonnaie mit 35 M. und die Brieftasche geraubt, die u. a. seinen Ausweis der Bergmannschen Sportvereinigung und Einladungskarten zu einer Veranstaltung enthielt. Der Beraubte war so benommen, daß er nach Hause ging und erst später Anzeige machte.

Drei Geldschrankeinbrüche in einer Nacht.

Unmittelbar vor Toresschluß machten Geldschrankeinbrecher einer Kafferösterei auf dem Grundstück Neukölln am Wasser 12 noch einen unerbetenen Besuch. Der Betrieb hatte seine im Erdgeschoß gelegenen Geschäftsräume gut zu sichern beschlossen. An dem Hintereingang waren diese Arbeiten bereits ausgeführt. Heute sollten sie an dem vorderen Zugang vorgenommen werden. Dann hätten Einbrecher aller Voraussicht nach keinen Zutritt mehr bekommen. Ob sie diese bevorstehende Sperre ausgekundschaftet haben oder ob der Zufall spielte, steht dahin. Jedenfalls schloß eine Bande in der vergangenen Nacht die Vordertür am Flur mit einem Nachschlüssel auf, ging durch den Laden in das Kontor, schweißte den Geldschrank auf und erbeutete rund 3000 Mark.

Auf dem Grundstück Lindenstraße 60/61 hatten es die Knacker auf eine Spirituosengroßhandlung abgesehen, die vorn im Erdgeschoß auch ein kleines Restaurant betreibt. In dieses drangen die Spezialisten mit Nachschlüsseln ein, knabberten einen Geldschrank auf, fanden ihn leer, entnahmen der Ladenkasse 80 Mark und begaben sich dann in die Hinterräume, in denen sie in einem zweiten Geldschrank jedenfalls größere Beute erwarteten. Sie hatten auch bereits eine Seitenwand bewältigt und den Knabber an den Innenpanzer angelegt, als sie gestört und zur Flucht gezwungen wurden.

Bei der Molkereigenossenschaft in der Bahnhofstraße 1 zu Niederschönhausen erging es ihnen nicht besser. Unbemerkt kamen vier Mann über das ausgedehnte Grundstück hinweg und in die Bureauräume hinein. Während sie hier noch an der Arbeit waren, sah ein Landposten um 3 Uhr Licht in dem Gebäude. Er begab sich nach dem Hof, um nach der Ursache der verdächtigen Erscheinung zu forschen. Das müssen aber auch die Knacker gemerkt haben. Sie sprangen nach einer anderen Seite zum Fenster hinaus, riefen ein in der Nähe haltendes Auto, mit dem sie wahrscheinlich auch gekommen waren, heran und jagten davon.

Hakenkreuzterror an der Technischen Hochschule.

Man schreibt uns: Im Lehrfach des Schiffmaschinenbaus an der Technischen Hochschule Charlottenburg sind [illegible] mit dem Geist der Republik nicht vereinbaren lassen. Antisemitische Studenten mit [illegible] Herrschaft stabilisiert zu haben. Studenten jüdischer Abkunft können nur unter den größten Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz im Zeichen[illegible] ihren Zeichentisch erbrochen, ihr Material gestohlen oder beschädigt, ihre Zeichnungen mit Tinte beschmiert und unbrauchbar gemacht. Auf diese Art sollen Juden vom Studium des Schiffmaschinenbaus überhaupt ferngehalten

---

80 Zentimetern Verschiebungen eintreten muß, was die Gefährdung der Akustik, die bekanntlich im alten Opernhaus vollkommen war, und zu deren Zerstörung sehr wenig gehört. Warten wir das erst einmal ab!

Es gibt ja genug Leute, denen das alles gleichgültig ist. Darüber ließe sich reden. Ist es aber auch gleichgültig, daß ein rasend gewordener Amtsschimmel Millionen und aber Millionen unseres Vermögens für eine Schändung von Kunstwerken hinaussteuern darf?

Dr. Paul F. Schmidt.

Anatole Frances Gehirn. Unmittelbar nach dem Hinscheiden Anatole Frances hatten die Aerzte Guilleaume und Dabreuil-Chambardel der Leiche das Gehirn entnommen, um es einer genauen Untersuchung zu unterziehen. Die beiden Aerzte haben jetzt der Akademie der Medizin in Paris Bericht über den Befund erstattet. Während das Durchschnittsgewicht des Gehirns eines Erwachsenen rund 1360 Gramm beträgt, zeigte das von Anatole France nur ein Gewicht von 1017 Gramm. Der Befund bestätigt aufs neue, daß zwischen dem Gewicht des Gehirns und den geistigen Fähigkeiten kein Zusammenhang besteht. Dafür zeigt aber auch das Gehirn des berühmten Schriftstellers in seinen Windungen bemerkenswerte und ungewöhnliche Einzelheiten. Diese besondere Struktur hatte, wie die Aerzte ausführten, das Ergebnis, die Oberfläche der grauen Substanz außerordentlich zu erweitern, so daß das Gehirn, was es an Gewicht verlor, an Oberfläche gewann. Die Qualität überwog hier eben die Quantität. Das Gehirn zeigte eine bewunderungswürdige Form und wird von den Aerzten als ein wahres Kleinod bezeichnet.

Erstaufführungen der Woche. **Mont.** Th. d. Westens: „Frasquita". — Residenz-Th.: „Das Rätsel von Konnersreuth". **Mittw.** Walhalla-Th.: „Hanneles Himmelfahrt". **Donnerst.** Schauspielhaus: „Kaufmann von Venedig". **Freit.** Th. i. d. Klosterstraße: „Erotik". **Sonnab.** Deutsches Künstlertheater: „Chicago". — Renaissance-Th.: „Bürger Schippel".

Im Renaissance-Theater findet Sonntag, nachmittag 4 Uhr eine Aufführung von „Giovanni und Annabella" zugunsten der Hedwig Wangel-Hilfe statt.

Im Museum für Meereskunde spricht Dienstag, 8 Uhr, Dr. Köster über „Schmuckformen des Schiffes". (Mit Lichtbildern.)

Hertha Feist und ihre Kammertanzgruppe Lotte Auerbach, Ruth Hieg und Seraphine Kinne veranstalten am 15., 20 Uhr, im Bach-Blüthner-Saal, Lützowstr. 76, einen Tanzabend mit vollständig neuem Programm.

Das Defizit der Frankfurter Musikausstellung soll eine halbe Million betragen.

Ein deutsches Theater in Brünn. Das Deutsche Haus in Brünn soll durch einen Zubau für Theaterzwecke erweitert werden. Der Bauplatz ist von der Stadt zur Verfügung gestellt.

Der Naturforscher Prof. Wilhelm Johannsen, einer der sich besonders durch seine Erblichkeitsuntersuchungen bekanntgemacht hat, ist in Kopenhagen, 70 Jahre alt, gestorben.

Der erste Staat, der die Feuerbestattung unterstützt. Die schwedische Regierung hat soeben 100000 Kronen für das im Bau begriffene Krematorium in Helsingborg bewilligt, das eine Musteranlage der Feuerbestattung werden soll. Es ist das erstemal, daß eine Staatsregierung der Feuerbestattung eine materielle Förderung zuteil werden läßt.

Das kleine Lehrmädchen klagt!

Die Sünden der Väter.

Ein Urteil, dem man nicht allzu viel soziales Verständnis nachsagen kann, fällte das Landesarbeitsgericht Berlin. Ein Lehrmädchen war fristlos entlassen worden und klagte auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Die Klägerin war ursprünglich als gewerbliche Arbeiterin in dem Betrieb (es handelt sich um ein Juwelengeschäft) tätig gewesen, dann aber infolge ihrer guten Führung und ihrer zufriedenstellenden Leistungen in eine kaufmännische Lehre aufgerückt und hatte so Aussicht, in einem Jahr eine gehobene Stellung zu erhalten. Da wurde sie plötzlich entlassen. Als Grund war „Erschütterung des Vertrauens" angegeben. Was aber war tatsächlich vorgekommen? Der Lehrherr hatte eines Tages in der Zeitung eine Notiz gelesen, der zufolge ein Arbeiter wegen Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Da der hier Verurteilte denselben Namen hatte wie das Lehrmädchen, rief der Chef dieses ins Privatkontor und legte ihr den Zeitungsausschnitt mit der Frage vor, ob der Verurteilte ihr Vater wäre. Das Lehrmädchen erklärte davon nichts zu wissen, nahm den Zeitungsausschnitt mit nach Haus, angeblich um sich zu informieren. In den nächsten Tagen fragte der Chef das Mädchen wiederholt nach der Angelegenheit, erhielt jedoch nur ausweichende Antworten. Schließlich stellte sich heraus, daß der Verurteilte tatsächlich der Vater war, der in einer anderen Juwelenfirma einige Diebstähle begangen hatte. Darauf wurde das Lehrmädchen fristlos entlassen, nicht weil der Vater gestohlen hatte, sondern weil es dem Chef die Verfehlung des Vaters verschwiegen hatte. Der Chef leitet daraus eine Erschütterung des Vertrauens her. Das Landesarbeitsgericht gab dem Chef recht, indem es die Klage des Lehrmädchens auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses abwies.

Das Lehrmädchen liegt also auf der Straße, es hat kaum Aussicht, jemals wieder eine kaufmännische Lehrstelle zu erhalten. Und das, weil der Vater fehlte.

Das selbstbewußte Lehrmädchen.

Ein vierzehnjähriges Lehrmädchen steht als Klägerin vor dem Arbeitsgericht. Ein bißchen sehr frech und naseweis, aber auch sehr hübsch und niedlich. Darauf bauend, daß niemand ihrem hübschen Lärvchen ernstlich und lange anhaltend böse sein könne, glaubte sie sich kleine Schnippigkeiten auch ihrer Lehrmeisterin gegenüber erlauben zu dürfen. Außerdem erschien sie unregelmäßig und mit großen Verspätungen auf ihrer Lehrstelle.

Nun war endlich ihrer Lehrmeisterin doch die so lange geübte Geduld geplatzt. Sie versetzte ihrer Untergebenen, als diese wieder einmal zu spät kam, nach einer reichlich schnippischen Antwort eine kleine Backpfeife. Darauf war das „empfindlich getroffene" kleine Fräulein höchst entrüstet fortgelaufen und im Geschäft nicht mehr erschienen. Sie klagte nun auf Auszahlung des Gehalts. Der Richter fragte die Beklagte nach der Richtigkeit der Aussage. „Ja, das stimmt! Aber ich glaube, das hätte jeder an meiner Stelle genau so gemacht. Außerdem bin ich auch selbst mit schuld, daß mir das Mädel über den Kopf gewachsen ist. Ich habe ihr viel zu viel durchgehen lassen, weil ich das übermütige Ding selbst sehr lieb habe. Das geht ja auch daraus hervor, daß ich mehr als einmal zu Ilse hingeschickt habe und ihr sagen ließ, sie solle ihre Stelle wieder antreten." Der Richter redet der kleinen Ilse begütigend zu und man einigt sich, daß die Klage abgewiesen und die Kleine morgen wieder auf ihrer Stelle erscheinen wird, nachdem der Arbeitsrichter noch der Beklagten einen Verweis wegen der Backpfeife erteilt hat. Und nun sprühen die Blauaugen übermütig und triumphierend zu der Beklagten hinüber. Und die reißt die Tür auf, halb zornig und halb lachend: „Dummes Ding! Nun komme aber morgen auch, aber um 8 und nicht erst um 10 Uhr!" Und leiser zu den Umstehenden: „Weiß Gott, sie kann doch alles mit einem machen, wenn sie einen so spitzbübisch anschaut."

---

werden, und das soll seit Jahren auch durchgesetzt worden sein. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Hakenkreuzklappe: man tobt als Bursch seine Gewalttäterneigung aus und bewahrt sich für später vor Wettbewerbern, die um so lästiger sein können, als auch unter den Juden baukonstruktive und mathematische Talente vorhanden sind.

Es ist nicht bekannt, ob die akademischen Behörden schon versucht haben, die verfassungs- und hochschulsatzungsgemäße Gleichberechtigung der Studenten ohne Rücksicht auf Abstammung oder Glaubensbekenntnis zu sichern und wenn ja, mit welchem Erfolg? Diese Frage dürfte auch das preußische Unterrichtsministerium interessieren.

Unsere Werbekundgebungen.

Die Parteiwerbewoche geht zu Ende. Noch drei Tage werden die rüstigen Werber an der Arbeit sein, um treppauf, treppab den Arbeitern die Werbeflugblätter in die Wohnung zu tragen. Mit großen Fackelzügen hat die Werbewoche begonnen, mit großen Saalkundgebungen, in denen die Führer der Partei die sozialdemokratischen Forderungen vertreten, wird sie geschlossen.

In Sankwitz veranstalteten die Genossen in Lehmanns Festsälen in der Kaiser-Wilhelm-Straße eine sehr gut besuchte Werbekundgebung, in der Landtagsabgeordneter Genosse Hermann Harnisch referierte. Genosse Harnisch gab in seinen mit sachlichem Material belegten Ausführungen ein Bild von der Tätigkeit der Reichsregierung unter der Führung des schwarzblauen Blocks. Die Verdienste dieser Regierung in der Sozialpolitik, in der Schulpolitik und nicht zuletzt in der Wirtschaftspolitik glossierte der Redner unter großem Beifall der Versammlung. In seinen Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß nur im Zusammenschluß aller sozialdenkender, aller für den Wiederaufbau zusammenstehender Kräfte das Werk von Weimar unangetastet bleibt und weiter ausgebaut werden kann. In der Diskussion sprach ein Anhänger des „Deutschen Vorwärts", der seine mehr als verworrenen Ausführungen schloß mit dem Ruf: „Trotzdem wird die Dummheit siegen," welche Feststellung verdienten Beifall fand. In der Versammlung wurden außerordentlich viele Neuaufnahmen gemacht.

Der Bildungsausschuß des Wilmersdorfer Bezirks veranstaltete in der Aula der Hindenburg-Schule im Rahmen der Werbewoche einen durchaus gelungenen Frauen-, Film- und Vortragsabend. Die Darbietungen wurden von Musikbeiträgen eines sehr guten Schülertrios umrahmt. Nach den herzlichen Begrüßungsworten der Genossin Unterer ließ man den Film „Die Kinderrepublik Seekamp" ablaufen. Der Film, der nichts verschönern will, sondern nur nackte Tatsachen gibt, wirkte wieder auf alle Anwesenden. Es gibt wohl keine geeignetere Einrichtung, um die Idee des Sozialismus in die Praxis umzusetzen, als diese Kinderrepublik. Die Seeluft wurde in die Schulaula übertragen und alle hatten den Wunsch, auch einmal nach Seekamp zu kommen. Nach dem 3. Teil sprach Lehrer Hahn ein paar Worte für die Errichtung der dritten weltlichen Schule im Westen und zwar in Wilmersdorf. Genossin Wegscheider hatte es nach diesem Film, der besser wie alle Worte Zeugnis von dem Geist von Seekamp ablegte, nicht leicht, aber sie vermochte es trotzdem, noch einen Begeisterungsapplaus zu erringen. Sie führte aus, daß die Kinderrepublik Seekamp überhaupt nicht möglich gewesen wäre, wenn hinter ihr nicht die große Organisation der SPD. gestanden hätte. Wie nötig aber diese große Organisation ist, sieht man wieder bei den Versuchen, die Volksschulen zu Konfessionsschulen zu machen. Unsere Bürgerblockregierung, die uns das Schundgesetz geschenkt hat, hat zwar Konfessionsschulen eingeführen, aber die Ermäßigung des Schulgeldes für Schulen ist mit dem Budget nicht in Einklang zu bringen. Wir sind aber mit unserer Trägheit selber daran schuld. Wir haben Pflichten gegen unsere Jugend, wir haben den Krieg nicht verhindern können, die kommenden Generationen können vor neuen Kriegen nur geschützt werden, wenn alle an dem großen Werk der Sozialdemokratie mitarbeiten. Das höchste Gut des Menschen ist der Mensch selber. Wir haben bei den Kindern gesehen, daß nur in Freiheit Gutes gedeiht; haben wir den Mut zur Freiheit, dann öffnet sich uns der Glauben an den Menschen!

Todessprung aus dem vierten Stockwerk.

Aus dem Küchenfenster ihrer im vierten Stockwerk des Hauses Belle-Alliance-Platz 7/8 gelegenen Wohnung stürzte sich heute früh die 78jährige Witwe Berta W. auf den Hof hinab. Die alte Frau war auf der Stelle tot. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt ist Krankheit. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. — Auf die gleiche Weise verübte in den heutigen Vormittagsstunden die 69jährige Witwe Rosa Sch. in der Witzlebener Straße 63 Selbstmord. Infolge eines Nervenzusammenbruches stürzte sie sich aus dem vierten Stockwerk auf die Straße hinaus. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Der 3. Kongreß für alkoholfreie Jugenderziehung wird vom 13. bis 16. November in Berlin stattfinden. Die zwei Hauptfragen, die besprochen werden sollen, sind: die Tätigkeit der Schule im Kampfe gegen den Alkoholismus und die Gesetzgebung zum Schutze der Jugend vor den Alkoholgefahren. Als Einleitung und Begründung dafür sollen wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, um die besondere Wirkung der alkoholischen Getränke auf die Jugend darzustellen. Am zweiten Tag werden unter anderem Parlamentarier verschiedener Parteien zu Worte kommen. Der dritte Tag wird insbesondere die Frage des Nüchternheitsunterrichts behandeln. Zu den Protektoren des Kongresses gehört auch der Reichstagspräsident Genosse Löbe.

Das Hochwasser im Westen.

Steigen des Neckar und des Rheins.

Nachdem sich das Hochwasser im Laufe des Donnerstag allmählich zu verlaufen schien, hat sich am Freitag eine neue Hochwasserwelle des Neckar eingestellt, die jedoch bis zur Stunde den Höchstpunkt des gestrigen Standes noch nicht erreicht hat. Vom Oberlauf des Neckar kommen Meldungen, daß besonders die kleineren Nebenflüsse aus dem Gebirge große Wassermengen mitbringen. In Heidelberg erreichte das Hochwasser in der vergangenen Nacht den Höchststand und seitdem fällt es ständig. In Mannheim hat der Neckar sein Vorland weithin überschwemmt. Die Flut steht am Bahndamm. Da der Rhein einen tieferen Wasserstand hat, fließt der Neckar mit reißender Geschwindigkeit dahin. Die Fluten führen Gartenzäune, Holz und Fässer mit.

Das bereits seit vorgestern gemeldete Anschwellen der Nebenflüsse des Rheins infolge starker Regengüsse und die Unwetterkatastrophe im Quellgebiet des Rheins haben nun auch ein Steigen des Unterlaufes zur Folge. Der Wasserspiegel hat sich in Köln in den letzten 24 Stunden von 1,88 Meter auf rund 4 Meter gehoben und steigt stündlich weiter. Die untersten Uferwege am Werftgelände und die Wiesen auf dem Vorflutgelände sind bereits überschwemmt. Die rheinaufwärts gehenden Schleppzüge werden durch die starke Strömung behindert. — Aus Koblenz wird gemeldet, daß der Wasserstand auch dort eine Höhe von über 4 Meter erreicht hat. Die Schiffsbrücke mußte auf beiden Seiten verlängert werden.

Schneefälle in Süddeutschland.

Bei sinkender Temperatur — der Feldberg meldet 7 bis 8 Grad unter Null — schneit es neuerlich auf den Höhen, wo die Schneedecke bereits eine Stärke von zehn Zentimeter erreicht hat. In der vergangenen Nacht hat es auch in den Tälern leicht geschneit. Die Temperaturen liegen hier um den Gefrierpunkt herum. Eine Hochwassergefahr durch die starken Regenfälle der jüngsten Zeit ist infolge Einsetzens der Kälte und der Schneefälle nicht mehr zu erwarten.

SPD.-Sparte 5. Kreis (Friedrichshain). Montag, 14. November, 19½ Uhr Sitzung bei Busch, Lüttier Str. 27. Mitgliedsbuch der Partei legitimiert.

Theater der Woche.

Vom 13. November bis 21. November.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz: Peer Gynt. **Theater am Schiffbauerdamm:** Schieber des Ruhms (Eine Patriotenkomödie). **Thalia-Theater:** Der rote Hahn. — **Oper am Platz der Republik:** 13. Rosenkavalier. 14. Boris Godunow. 15. Hoffmanns Erzählungen. 16., 17., 18. geschlossen. 19., 20. Fidelio. 21. Jenufa. — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 13., 16. Petrus und Weltlande(?). 14., 15. Orpheus und Eurydike. 16. Parsifal. 17. Maskenball. 19. Troubadour. 20. Tristan und Isolde. 21. Jonny spielt auf. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 13., 16. Peer Gynt. 14. Die Wupper. 15. Minna von Barnhelm. 17., 20., 21. Der Kaufmann von Venedig. 18. Opernabend: Figaros Hochzeit. 21. Wallensteins Tod. — **Staatstheater, Charlottenburg:** 13., 15., 17., 19., 20. Geh dem, der lügt. 14., 21. Fünf von der Jazzband. 16. Prinz Friedrich von Homburg. 18. Dreyfus und Marianne. — **Deutsches Theater:** Dorothea Angermann. — **Kammerspiele:** Mona. 16. Der Weibsteufel. Nachtvorstellungen: Die Lichter von Berlin. 15., 16. geschlossen. Ab 19. Neueinstudierung. — **Die Komödie:** Zinsen. — **Piscator-Bühne. Theater am Nollendorfplatz:** Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand. Nachtvorstellung: Blaue Blusen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Gustav III. — **Komödienhaus:** Hokuspokus. 18. Die Schwester. — **Großes Schauspielhaus:** Der Mikado. — **Theater des Westens:** 13. Eine Frau von Format. Ab 14. Frasquita. — **Komische Oper:** Wie nackt! — **Deutsches Künstler-Theater:** Justiz. Ab 19. Chicago. — **Lustspielhaus:** Zimmer Nr. 13. 16. Gespenster. — **Lessing-Theater:** Schinderhannes. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Hose. 16. Liederabend. — **Trianon-Theater:** Gretchen. 18. Totentanz. — **Residenz-Theater:** Wer ist der Vater? Ab 14. Das Rätsel von Konnersreuth. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 13.–15. Schön sehn wir aus. 16. Der Weibsteufel. 17.–21. Schön sehn wir aus. — **Metropol-Theater:** Paganini. — **Berliner Theater:** Der Geisterzug. — **Neues Theater am Zoo:** Die Hotelratte. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Kleines Theater:** Die Republik befiehlt. — **Wallner-Theater:** 12.–14. geschlossen. 15. Die Kinder. — **Renaissance-Theater:** 13.–18. Giovanni und Annabella. Ab 19. Bürger Schippel. — **Walhalla-Theater:** Im Rüdesheimer Schloß steht eine Linde. Ab 16. Hanneles Himmelfahrt. — **Rose-Theater:** Charleys Tante. 16. Jugend. — **Casino-Theater:** Die Paula vom Metropol. — **Theater in der Klosterstraße:** 13., 14. Der Herr Senator. 15. Was ihr wollt. 16., 17. Johannisfeuer. 18., 20. Liebe. 18., 19., 21. Erotik. — **Schloßpark-Theater, Steglitz:** 13.–15. Gasparone. 16., 20. Kindertragödie. 17.–19. Walzertraum. — **Theater in der Lützowstraße:** Die Frau ohne Kuß. — **Theater im Admiralspalast:** Wann und wo. — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Olli-Sänger.

Nachmittagsveranstaltungen. Volksbühne. Theater am Bülowplatz: 13. Ein Sommernachtstraum. **Thalia-Theater:** Der mutige Seefahrer. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 13. Kriemhild. — **Kammerspiele:** 20. Neueinstudierung. — **Theater des Westens:** 13. Alt-Heidelberg. 19. Peterchens Mondfahrt. — **Theater am Kurfürstendamm:** Hans im Glück. — **Trianon-Theater:** 13. Max und Moritz. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 13. Die Japanische Puppe. — **Renaissance-Theater:** 20. Giovanni und Annabella. — **Walhalla-Theater:** 13. Die Puppenfee. 16. Hänsel und Gretel. — **Rose-Theater:** 16. Jugend. 19., 20. Dornröschen. — **Theater in der Klosterstraße:** Schneewittchen. — **Schloßpark-Theater, Steglitz:** 13. Rotkäppchen. Wiener Blut.

Nieder mit dem Dreischichtwechsel!

Die Antwort der Metallarbeiter.

Essen, 12. November. (Eigenbericht.)

Eine Bezirkskonferenz der Geschäftsführer und Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu den Verhandlungen in Berlin über den Antrag der Arbeitgeber, die Durchführung der Verordnung vom 18. Juli 1927 betreffs Unterstellung der Stahl- und Walzwerksarbeiter unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung über den 1. Januar 1928 hinauszuschieben.

Die Konferenz billigte einmütig die Haltung ihrer Unterhändler, die dahin ging, daß es für den Arbeitgeber- und den Deutschen Metallarbeiterverband keine Auseinandersetzung geben kann über die Durchführung der Verordnung, vielmehr nur über die allgemeine Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, des Lohnausgleichs und allgemeiner Lohnerhöhungen.

Streik in der westdeutschen Kanalschiffahrt.

Schiedsspruchlohn von 5,78 M. den Unternehmern zu hoch.

Bochum, 12. November. (Eigenbericht.)

Nach Mitteilungen des Deutschen Verkehrsbundes hat heute, Sonnabend vormittag, in Durchführung des am Freitag abend in sämtlichen westdeutschen Kanalhäfen gefaßten Beschlusses der Streik in der ganzen westdeutschen Kanalschiffahrt eingesetzt. In sämtlichen Zechenhäfen von Oberhausen bis Herne ruht die Arbeit. Darüber hinaus wurde die Arbeit in folgenden Kanalhäfen niedergelegt: Dortmund, Rheine, Hamm, Münster, Schapenburg, Leer, Osnabrück, Minden, Hannover, Emden.

Die Ursachen des Streiks liegen in Lohndifferenzen. Der Deutsche Verkehrsbund fordert für das Kanalschiffahrtspersonal eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Proz. Der Tagelohn der Matrosen betrug seit 28. Februar 1926 5 M.; er ist am 1. März dieses Jahres auf 5,35 M. erhöht und durch neuerlichen Schiedsspruch auf 5,78 M. festgesetzt worden. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedsspruch ab und erhoben Einspruch gegen die vom Deutschen Verkehrsbund beantragte Verbindlichkeitserklärung.

In der westdeutschen Kanalschiffahrt liegen die Tarifverhältnisse besonders ungünstig, da der tariffähigen Arbeitnehmerorganisation, dem Deutschen Verkehrsbund, kein tariffähiger Arbeitgeberverband gegenübersteht. Der Schiffahrtsverein für die westdeutschen Kanäle hat sich für tarifunfähig erklärt. Seit längerer Zeit müssen die Lohnverhandlungen des Deutschen Verkehrsbundes mit 22 einzelnen Firmen geführt werden. Es ist durchaus mit der Möglichkeit einer Ausdehnung des Streiks auf die aus dem Reich fahrenden Fahrzeuge der Kanalreedereien zu rechnen.

Die Wahlkundgebung des AfA-Bundes

Glänzender Abschluß der Wahlagitation.

Tausende von weiblichen und männlichen Angestellten waren dem Rufe des Ortskartells Berlin des AfA-Bundes zu einer öffentlichen Wahlkundgebung am Freitag abend in den Sophiensälen gefolgt. Viele Hunderte von Kollegen konnten wegen Ueberfüllung von Saal und Galerien selbst dann noch keinen Einlaß finden, als die Tische aus dem Saal entfernt worden waren. Wenn nun auch ein großer Teil der Versammlungsbesucher in drangvoll fürchterlicher Enge mit einem Stehplatz fürlieb nehmen mußte, so fanden doch die Ausführungen der beiden Referenten, Genossen Dr. Krone vom Deutschen Werkmeisterverband und Aufhäuser vom AfA-Bund eine ebenso aufmerksame als geistig rege Hörerschaft. Die Referenten verstanden es aber auch, das an sich trockene Thema der Aufgaben der Angestelltenversicherung der Vertrauensmänner und des Hauptausschusses in einer Weise vorzutragen, daß sie abwechselnd von heiterer Zustimmung und stürmischem Beifall unterbrochen wurden.

In der anschließendem Aussprache wurde einem Vertreter des DHV. eine Redezeit von 15 Minuten eingeräumt, während die Anhänger des AfA-Bundes nur fünf Minuten sprechen durften; außerdem erhielt der Vertreter des DHV. als erster Redner das Wort. Er zog es aber angesichts der Stimmung der Versammelten vor, seine Anhänger aufzufordern, mit ihm den Saal zu verlassen. Es trat jedoch keinerlei Entlastung der Ueberfüllung ein, denn der DHV. hatte überhaupt keine Anhänger, und sein Vertreter verließ als einziger unter dem Hohngelächter der Versammelten den Saal, ohne auch nur mit einem Worte versucht zu haben, den Ausführungen des Referenten sachlich entgegenzutreten.

Nach diesem erheiternden Zwischenfalle hatten die Genossen Peters vom Butab, Emonts vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten und die Genossin Ehlert vom ZdA. wieder das Ohr der Versammelten, während die übrigen sechs eingezeichneten Redner infolge eines Schlußantrages nicht mehr zum Wort kamen. Die prächtig verlaufene Kundgebung endete mit Annahme folgender Entschließung, gegen die sich eine Hand erhob, woraus zu schließen ist, daß dieser eine Horchposten des DHV. infolge der Ueberfüllung den Saalausgang nicht hatte rechtzeitig gewinnen können.

„Die am 11. November 1927 in den Sophiensälen in Berlin in einer überfüllten Kundgebung versammelten Berliner Angestellten unterstützen als Wähler der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung einmütig die im Wahlaufruf des AfA-Bundes enthaltenen gerechten und erfüllbaren Forderungen.

Sie weisen die böswilligen unwahren Behauptungen, die die Gegner, unfähig, sachliche Widerlegungen vorbringen zu können, über die Ansichten des AfA-Bundes verbreiteten, mit Entrüstung zurück und richten an die Berliner wahlberechtigte Kollegenschaft den Appell:

Wählt morgen die AfA-Listen.

„Wahlsiege" der Angestelltenreaktion.

In den über 1000 Wahlbezirken zu den Angestelltenversicherungswahlen ist der AfA-Bund nicht überall mit eigenen Listen vertreten, so daß in einigen Wahlbezirken der Liste der „Hauptverbände" keine Gegenliste gegenübersteht. So kann denn die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Freitagabendausgabe berichten, daß in 21 Wahlbezirken sich ein „glänzender Sieg der Hauptverbände" ergeben habe, da von 189 Sitzen der Hauptausschuß 179 und der AfA-Bund nur vier erhalten habe.

Das heißt denn doch den Tag vor dem Abend loben. Ruhiger werden und das Gesamtergebnis abwarten.

Sollen die Lithographen „christlich" werden?

Das Organ Stegerwalds, „Der Deutsche", brachte dieser Tage einen Artikel gegen den Verband der Lithographen, der die Ueberschrift trägt: „Ein ganzer Berufsstand soll sozialdemokratisch gemacht werden." Was ist geschehen? Für den Geltungsbereich des Chemigraphentarifes ist wiederum ein Zwangstarif abgeschlossen worden. Das ist für den Beruf kein Novum; denn ein solcher Zwangstarif bestand bereits in den Jahren 1904 bis 1913 und von 1919 bis 1923. Ausschließlicher Zweck dieses Zwangstarifes ist, den Beruf wieder in Ordnung zu bringen. Die guten Arbeitsverhältnisse der Gehilfen sind nur aufrecht zu erhalten bei guter Qualitätsarbeit. Da aber die Fachleute unter den Unternehmern immer mehr verschwinden und nur rein kaufmännische Grundsätze ausschlaggebend sind, ist die Qualität der Erzeugnisse außerordentlich zurückgegangen. Beide Vertragsverbände wollen daher alle Berufsangehörigen zur Hebung des Berufes heranziehen und damit seinem Niedergang vorbeugen.

Der Zwangstarif richtet sich nicht gegen andersorganisierte Gehilfen oder gar, wie „Der Deutsche" schreibt, gegen die christlichen Gewerkschaften. Das Reichsarbeitsministerium hat schon vor Jahren entschieden, daß die wenigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen kein Vertretungsrecht beanspruchen können. Die Verdächtigungen des „Deutschen" sind daher völlig grundlos; denn der Verband der Lithographen hat nicht nötig, mit den Mitteln der Zwangsorganisation sich Mitglieder heranzuholen; 99 Proz. der vorhandenen Gehilfen sind im Verband der Lithographen organisiert.

Streik in der Maschinenfabrik Auerbach.

Infolge von Lohndifferenzen traten heute früh von 70 Arbeitern der Maschinenfabrik Auerbach, Grünauer Str. 17, 65 in den Streik ein. Der Betrieb wurde geschlossen, so daß etwaige „Arbeitswillige" überflüssig sind.

Der englische Bergbau in Not.

Die Folgen des Sieges der Zechenbesitzer.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Eine Deputation des englischen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus dem Präsidenten Smith und Richardson, sprach am Freitag bei dem britischen Arbeitsminister vor, um ihn auf die dringende Notwendigkeit eines Eingreifens der Regierung zum Zwecke der Hebung der Notlage des Bergbaues aufmerksam zu machen. Die Deputation stellte fest, daß die Zahl der Arbeitslosen im Bergbau im gegenwärtigen Augenblick mehr als 250000 beträgt und sich die Lage von Tag zu Tag verschlechtere. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten u. a.: 1. Abschaffung des Achtstundentages im Bergbau (d. h. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht), 2. zwangsweise Zusammenlegung der Industrie, 3. Beschleunigung des Hausbaues, 4. finanzielle Hilfe zum Ausbau der Industrie für die Verarbeitung von Nebenprodukten, 5. Pensionen für Bergarbeiter vom 60. Lebensjahre an. Der Arbeitsminister versprach, die Anregungen des Bergarbeiterverbandes sofort zu beraten.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhäfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

MASS-
Anzüge, Paletots, Mäntel
aus la deutschen u. engl. Stoffen von 125.— an, unter Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
MODENHAUS MULLERSTR. 141
U-Bahn Seestraße

Zuverlässige billige und gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Singer's beispiellos billiger November-Verkauf

Beispiellos billig!!
2 Worte, die zu Sonderleistungen verpflichten
Prüfen Sie unsere Angebote, besichtigen Sie unsere Schaufenster, und Sie werden finden, daß wir nicht zu viel versprochen haben!
Singer & Co. G. m. b. H.
Berlin N 39
Chausseestraße 61-62

Kleider-Stoffe
Oberhemden-Stoffe 80 cm br. Mtr. 55 Pf.
Wasch-Kunstseide mit Baumwolle, Mtr. 58 Pf.
Strick-Schotten imit. . . Mtr. 58 Pf.
Damassé Kunstseide m. B'wolle, schöne Stellungen, Mtr. 1.45
Reinw. Popeline doppeltbreit, viel Farb. Mtr. 1.65
Manteistoffe 140 cm breit, versch. Farben Mtr. 1.95
Reinw. Popeline 130 cm br., md. Farben . Mtr. 2.85

Seiden-Stoffe
Façonné Ballfarben . . . Mtr. 88 Pf.
Satin Riche hochglänz. K'seide m. B'wolle, 90 cm br. Mtr. 2.85
Crêpe Marocain einfbg. gemust., doppelbr., Mtr. 2.85
Helvetia-Seide viele Farben, ca. 85 cm breit, Mtr. 2.85
Reinsd. Duchesse 85 cm breit Mtr. 2.90
Rsd. Crêpe de Chine mod. Farb. doppelbr., Mtr. 4.50
Crêpe Georgette versch. Farb. 95 cm breit Mtr. 4.90

Baumwollwaren
Hemdentuche 80 cm breit, in Besten . Mtr. 44 Pf.
Züchen u. Bettkattun 80 cm br. Mtr. 78 Pf.
Köperbarchent weiß oder gestreift . Mtr. 95 Pf.
Rockbarchent gemustert. Mtr. 98 Pf.
Bettsatins weiß, Randstreifen, 80 cm breit . . Mtr. 98 Pf.
Barchent f. Bettlaken 140 cm br. Mtr. 1.45
Inlett Drell, 115 cm breit, echtfarbig, federdicht . . Mtr. 2.25

Gardinen — Decken
Etamine für Gardinen und Decken . . Mtr. 29 Pf.
Möbelrips ganz neue Muster, 130 cm breit. . Mtr. 1.35
Gard.-Spannstoffe neueste Must. 130 cm br. Mtr. 1.55
Madras dunkelgrundig, kochecht 120 cm breit . . . . Mtr. 1.65
Linoleum braun, mit Kante Mtr. 1.85
Schlafdecken weiß, mit Kante extra dicke Qual. 3.95
Bettdecken 2 beit., Etamine mit Einsätzen u. Spitze 4.95

Reste und Abschnitte
von Stoffen aller Art, sowie angestaubte Wäsche
z. T. bis 60 % herabgesetzt.

Damen-Kleider aus guten reinwoll. Stoffen 8.75
Damen-Kleider rwoll. Popeline, mod. Machart 15.75
Backfisch-Kleid. aus reinwoll. Popeline . . 7.75
Backfisch-Kleid. r. woll. Popeline, viel. Farb. 10.75
Damen-Mäntel aus reinwoll. Velour-de-laine, mit Pelzstreifen garniert 19.75
Damen-Mäntel aus gut. Ripsstoff, blau u. schw. 27.50
Damen-Mäntel aus gut. Ottomane, ganz gefütt. 39.00
Damen-Mäntel aus gut. Sealplüsch, ganz gefütt. 49.00
Tanz- und Gesellschaftskleider aus div. Seidenstoffen, viele Farben 15.75, 11.75 9.85

Ansteck-Blumen große Auswahl 0.25
Kronenreiher 10 Stück 1.85
Velvet-Hüte viele Farben 1.85

Strümpfe - Handschuhe
D.'strümpfe Doppels. u. Hochferse, schw. u. fbg. 68 Pf.
D.'strümpfe Seidenflor oder Kunstseid. m. Naht, Doppelsohle und Hochferse . . 95 Pf.
D.'strümpfe Reinwoll. Kaschmir, starkwarme Qualität . . 2.85
H.'socken stark wollgemischt 68 Pf.
H.'socken Jacquard, moderne Muster . . . 85 Pf.
H.'Schweden-Handschuhe imit. durchgehend gefüttert 1.75
D.'-Glacé-Handschuhe mod. Frb. 2 Knöpfe 2.90
Ein Posten Strickhandschuhe für Damen u. Kdr., r. Wolle, durchw. Paar 95 Pf.

Trikotagen
D.'Hemdhosen mit kunstseid. Achselbändern 95 Pf.
H.'Unterziehjacken 1.25
Normal-Trikots für Kinder, 70–110 cm lang, geschlossene Form 1.25
Damen-Futterschlüpfer extra schwer 1.25
Damen-Futtertailien 1.50
Herren-Normalhemden . . . 1.95
Kd.-Futterschlüpfer Gr. 30 jede weitere Größe 10 Pf. mehr 78 Pf.

Herren-Artikel
Herr.-Umlegekragen Mako, 4fach, moderne Formen, alle Weiten . 48 Pf.
Hosenträg. u. Sockenhalt. in Kart. 1.85
H'-Oberhemden Sportform, mit Kragen . 2.85
H'-Sporthemden Flanell, m. Jos. e. Schillerkrg. 2.85
H'-Oberhemden weiß. Bat. eul Rumpfstoff . . 4.75
Herren-Oberhemden Piqué, mit Klapp-Mansch., solid. Rumpfstoff 5.50
Ein Posten elegante reine Seide, durchweg Selbstbinder . . 1.95

Wäsche — Schürzen
Schweiz. Unterrock-Stickerei extra breit . . . . . Mtr. 58 Pf.
Beinkleider gute Stoffe, mit Hohlsaum 1.10
Taghemden mit schmalen Trägern und Stickerei 1.35
Damen-Schürzen neueste Must. kochecht . . 1.35
Wirtsch.-Schürzen mit Latz, Waschstoffe 1.45
Hemdhosen mit Hohlsaum und Stickerei . 1.85
Barch.-Nachtjacken weiß, Köp. mit Lang. 2.45
Ein Posten Kinderschürzen bunt gemust., bis 70 cm Länge 95 Pf.